



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

# Wirtschaft im Wandel

12/2004

29.09.2004, 10. Jahrgang

Aktuelle Trends

*Arbeitskreis Konjunktur*

IWH-Konjunkturprognose:  
Investitionszurückhaltung bremst Anspringen  
der Inlandsnachfrage in Deutschland

*Brigitte Loose/Udo Ludwig*

Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes stärkt Anpassung  
der Industriebetriebe an Geschäftsschwankungen

*Siegfried Beer*

Die ostdeutsche Tourismuswirtschaft  
– eine potenzielle Wachstumsbranche

*Brigitte Loose*

IWH-Bauumfrage im August 2004

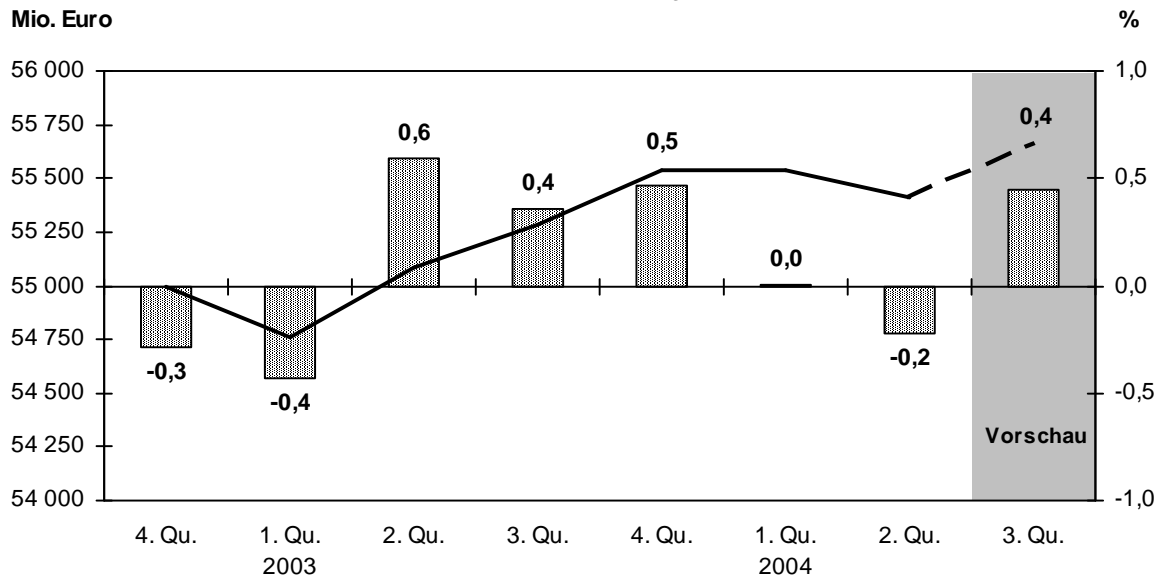
## Aktuelle Trends

### IWH-Konjunkturbarometer\*

#### Ostdeutsche Wirtschaft kommt schwer in Tritt

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %

- kalender- und saisonbereinigter Verlauf -



Quelle: Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: 17. September 2004.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat Ostdeutschland mit der konjunkturellen Entwicklung im Westen und im Ausland nicht mithalten können. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ist zwar erneut gestiegen, das Wachstumstempo hat sich aber gegenüber dem zweiten Halbjahr 2003 verlangsamt. Die wirtschaftliche Belebung im nationalen und internationalen Umfeld hat direkt und über die Lieferbeziehungen zu Abnehmern in den alten Bundesländern nur einen Teil der ostdeutschen Industrie erfasst und hier vor allem die Hersteller von Vorleistungsgütern. Investitions- und Konsumgüterproduzenten haben dagegen die Schwäche der Inlandsnachfrage zu spüren bekommen. Die Bauwirtschaft wurde trotz anhaltender Sondereffekte aus der Beseitigung der Flutschäden wieder von der Abwärtsbewegung erfasst, und einige Vorzieheffekte aus der Kürzung der Eigenheimzulage haben diese Entwicklung lediglich abbremsen können. Einbußen musste wegen der rückläufigen Nachfrage der Konsumenten vor allem der Handel hinnehmen. Die privaten Dienstleister haben wohl die Talsohle durchschritten. Dagegen hatte der notwendige Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst einen weiteren Rückgang der Wertschöpfung im Staatssektor zur Folge.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres standen zwei Arbeitstage mehr als vor Jahresfrist zu Verfügung. Diese Gunst des Kalenders und die niedrige Ausgangsbasis der Produktion im ersten Halbjahr 2003 führten trotz schwacher Entwicklung der Produktion im Verlauf des ersten Halbjahrs zu einem Plus des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr von 1,6%. In den alten Bundesländern betrug der Zuwachs demgegenüber 1,8%.

Für das dritte Vierteljahr ergeben die ersten Schätzungen ein Anziehen der konjunkturellen Belebung in Ostdeutschland. Maßgeblich dafür ist die Unterbrechung des Abwärtstrends bei den Bauinvestitionen, hervorgerufen vom baldigen Ende der Frist für den Abruf der vom Staat bereitgestellten und noch nicht in Anspruch genommenen finanziellen Mittel zur Beseitigung der Flutschäden, von öffentlichen Bauplanungen und von Bauarbeiten zur Sicherung der Eigenheimzulage. Die Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe lässt dagegen etwas nach.

*Udo.Ludwig@iwh-halle.de*

\* Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe *Wirtschaft im Wandel* 16/2003, S. 471 f.

## IWH-Konjunkturprognose: Investitionszurückhaltung bremst Anspringen der Inlandsnachfrage in Deutschland

*Das Statistische Bundesamt hat seine ersten Berechnungen zum Bruttoinlandsprodukt und zu seinen Komponenten für das zweite Quartal 2004 vorgelegt und die bisherigen Ergebnisse für die zurückliegenden Vierteljahre überarbeitet – Anlass für eine Überprüfung der Konjunkturprognose des IWH. Laut amtlicher Neuberechnung für die ersten drei Monate des Jahres fiel die konjunkturelle Spaltung zwischen Auslands- und Inlandsnachfrage in Deutschland noch deutlicher aus als ursprünglich gemeldet, und diese Schere hat sich in den Monaten April bis Juni nicht verringert. Die Anpassung der Prognosewerte für das zweite Halbjahr, die dominiert wird von einer Aufwärtskorrektur des außenwirtschaftlichen Beitrags zur gesamtwirtschaftlichen Produktion, hat eine Erhöhung der Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts für dieses Jahr von 1,8% auf 2% zur Folge.*

*Im Zuge der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs wird der konjunkturelle Impuls aus dem Ausland im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres an Stärke verlieren. Dafür gewinnt die Inlandsnachfrage wieder etwas an Schwung. Voraussetzung ist, dass die Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung aufgeben und die über die Außenwirtschaft erzielten Gewinne in den Wirtschaftskreislauf zurückführen. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2005 um 1,8% höher als in diesem Jahr sein. Ohne Arbeitstageeffekt ergibt sich infolge des – wenn auch nur zögerlichen – Übergreifens der Konjunktur auf die Binnennachfrage ein Anstieg um 2%, nach 1,5% in diesem Jahr.*

### **Aufschwung in der Weltwirtschaft setzt sich verlangsamt fort**

In den Sommermonaten hat der kräftige weltwirtschaftliche Aufschwung etwas an Dynamik verloren. Die gedrückte Entwicklung der wichtigsten Aktienindizes sowie der langfristigen Zinsen in den USA und in Europa spricht für bestehende Skepsis der Finanzmärkte gegenüber der konjunkturellen Entwicklung. Die leicht getrübbte Stimmung ist vor allem auf die Notierungen für Rohöl, die zeitweise deutlich über 40 US-Dollar (Sorte Brent) lagen, zurückzuführen. Die Märkte rechnen für die nächsten Monate nur mit einem geringen Rückgang der Preise.

Schon im Sommer hat die Produktion in den großen Wachstumszentren der Weltwirtschaft nur

noch verlangsamt zugenommen: In China haben administrative Maßnahmen die Expansion der Industrieproduktion erheblich gedämpft; die Zügelung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage war dort politisch gewollt. Aber auch in Japan hat sich – will man den vorläufigen Berechnungen glauben – eine überraschende und deutliche Abschwächung des Aufschwungs im zweiten Quartal gezeigt.

Die Expansion der US-Wirtschaft hat sich im Sommer merklich verlangsamt, besonders aufgrund der schwachen Konsumnachfrage. Dabei spielten Realeinkommensverluste durch den höheren Ölpreis eine Rolle; auch liefen fiskalische Impulse aus. Darüber hinaus kam es nicht zu einer deutlichen Belebung am Arbeitsmarkt. Das auch für die Zukunft erwartete vorsichtigeres Ausgabeverhalten der amerikanischen Verbraucher kann dagegen als Normalisierung verstanden werden, die durch den Ölpreisanstieg lediglich beschleunigt wurde. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird sich die Beschäftigungssituation jedoch wieder verbessern, und die Investitionen werden ihren Aufwärtstrend fortsetzen. Somit wird der Aufschwung in den USA kein abruptes Ende finden.

Die Chancen für eine – freilich bedächtigere – Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Expansion stehen gut: die Wachstumskräfte in China sind unvermindert stark und eine Vielzahl von Schwellenländern profitiert von den hohen Rohstoffpreisen. Die geldpolitischen Rahmenbedingungen sind weiterhin sehr günstig. Hinzu kommt, dass die Konjunktur im Euroraum, dem bisherigen Nachzügler der Weltkonjunktur, im Laufe des Jahres noch an Fahrt gewinnt. Hier regt die lebhaftere Nachfrage in der Welt die Exportwirtschaft an. Allerdings bleibt die europäische Konjunktur von der schwachen Binnennachfrage, besonders in Deutschland, belastet.

### **Impulse aus dem Ausland treiben Produktion in Deutschland an**

In dem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld erhöhten sich die deutschen Ausfuhren in den zurückliegenden Monaten kräftig. Die Warenlieferungen stiegen vor allem in die Wachstumszentren der Welt mit zweistelligen Zuwachsraten und folgten der dort hohen Nachfrage nach Investitionsgütern. Der Kostendruck durch die gestiegenen Preise für Mineralöl und andere Rohstoffe tat dem

keinen Abbruch. Nicht zuletzt wegen der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter werden die Exporte auch in den nächsten Monaten zulegen.

Tabelle:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2004 und 2005

	2003	2004	2005
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,0	0,0	1,0
Staatskonsum	0,1	-0,1	0,3
Anlageinvestitionen	-2,2	-0,5	2,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,9	0,4	5,6
Bauten	-3,2	-1,2	-0,6
Inländische Verwendung	0,5	0,1	1,3
Exporte	1,8	11,2	7,1
Importe	4,0	6,9	6,7
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	2,0	1,8
<i>Nachrichtlich:</i> USA	3,0	4,3	3,2
Euroraum	0,5	1,7	2,1
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,0	1,6	1,8
Effektivlöhne je Stunde	1,2	1,1	1,5
Lohnstückkosten <sup>a</sup>	1,0	-0,9	0,1
Verbraucherpreisindex	1,1	1,6	1,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) <sup>b</sup>	38 314	38 221	38 412
Arbeitslose <sup>c</sup>	4 376	4 347	4 304
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote <sup>d</sup>	10,3	10,2	10,1
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,8	-3,9	-3,7

<sup>a</sup> Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – <sup>b</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – <sup>c</sup> Nationale Definition. – <sup>d</sup> Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 7. 9. 2004).

Mit den deutschen Exporten erhöhten sich zwar auch die Einkäufe von Vorleistungen im Ausland. Insgesamt blieben aber die Importe wegen der anhaltenden Stagnation der Binnennachfrage in Deutschland weit hinter der Entwicklung der Ausfuhren zurück, sodass der Außenbeitrag im ersten Halbjahr auf Rekordniveau schoss. Zwar dürften mit dem nachlassenden Wachstumstempo in den Zentren der Weltwirtschaft auch die deutschen Exporte an Dy-

namik verlieren, in diesem Jahr wird der Außenbeitrag aber seine Aufwärtsbewegung fortsetzen.

Die anhaltend hohen Exportzuwächse haben bislang nicht – wie in früheren wirtschaftlichen Erholungsphasen üblich – die Binnenkonjunktur und hier in erster Linie die Investitionstätigkeit angeregt. Im Gegenteil, die im zweiten Halbjahr 2003 durch die Finanzpolitik ausgelösten Vorzieheffekte haben in den ersten Monaten des laufenden Jahres zu Entzugseffekten geführt, die in den folgenden Monaten bis zur Jahresmitte nicht wieder aufgeholt worden sind. An den Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen hat dies nicht gelegen, zumal deren Gewinne durch die außergewöhnlichen Exporterfolge einen deutlichen Schub erhalten haben. Sie sind zu einem großen Teil zur Schuldentilgung verwendet worden. Zudem wurde die Eigenkapitalbasis gestärkt, sodass die Unternehmen Neuinvestitionen in Deutschland zugunsten des Haltens liquider Geldvermögensformen weitgehend unterließen. Dafür sprechen sowohl der drastische Anstieg der Innenfinanzierungsquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften als auch deren Übergang in den Status von Netto-Sparern. Nicht zuletzt fehlten angesichts der lange gedämpften Konjunkturerwartungen und nicht ausgelasteter Kapazitäten auch wichtige Investitionsmotive. Unterstützt von den immer noch niedrigen Kapitalmarktzinsen wird sich jedoch die Investitionsneigung im weiteren Jahresverlauf nach dem Auslaufen der Entzugseffekte festigen.

Die Bauinvestitionen sind wieder deutlich gesunken. Die Impulse von der Beseitigung der Flutschäden haben nachgelassen, und der gewerbliche Bau ist der allgemein geringen Investitionsneigung gefolgt. Im Wohnungsbau blieben die Vorzieheffekte infolge der Kürzung der Eigenheimzulage bislang unter den Erwartungen, und der Staat hält sich mit Investitionsausgaben wegen der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte zurück.

Ergänzen die Investitionen den Exportimpuls nicht, entsteht kaum mehr Beschäftigung, die letztlich zu steigenden Konsumausgaben führen würde. So hat in diesem Jahr das Ausbleiben der Erholung am Arbeitsmarkt die Stagnation des privaten Konsums zur Folge. Zudem entwickeln sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte schwach. Den Steuererleichterungen zu Jahresbeginn stehen Mehrbelastungen durch die Gesundheitsreform und ein energiegetriebener Preisanstieg gegenüber. Die Sparquote steigt mit der zunehmenden Bedeutung der privaten Altersvorsorge weiter leicht an.

Insgesamt löst sich die Stagnation der Inlandsnachfrage zwar auf, dürfte aber im nächsten Jahr, wenn auch nur zögerlich, überwunden werden. Der private Konsum erhält erneut zu Jahresbeginn einen Impuls von den Steuerentlastungen. Infolge des langsamen Beschäftigungsaufbaus werden sich die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte aufhellen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden bei zunehmenden Kapazitätsengpässen anziehen. Der Rückgang der Bauinvestitionen wird sich im Zusammenhang mit einer allmählichen Stabilisierung des gewerblichen und des öffentlichen Baus verringern.

Im Jahr 2005 schwächt sich der Preisauftrieb – nach vorübergehendem Anstieg in diesem Jahr – vor allem aufgrund des wieder nachgebenden Ölpreises und der geringeren Dynamik der administrierten Preise leicht ab.

Die schwache konjunkturelle Erholung wird bis 2005 den Beschäftigungstrend bestimmen. Bevor es zu Neueinstellungen kommt, werden die aufgrund der flexiblen Arbeitszeitregelungen angesammelten Arbeitsstunden abgeleistet. Die Arbeitslosigkeit wird im Schnitt sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr die 4,3-Millionen-Marke überschreiten. Im Jahr 2005 werden die Arbeitsmarkt-reformen die Aufnahme von Beschäftigung in der Tendenz zwar stimulieren, die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland wird dadurch aber nicht entscheidend verringert. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II wird zu Beginn des Jahres 2005 vorübergehend die Zahl der registrierten Arbeitslosen ansteigen lassen; der ökonomisch verstärkte Druck auf die Suche eines Arbeitsplatzes dürfte dem aber entgegenwirken. Eine Aussage über die entsprechenden Größenverhältnisse ist jedoch derzeit mit großen Unsicherheiten behaftet.

Die Finanzpolitik lässt nach wie vor kein geschlossenes Konzept erkennen. Das Defizit des öffentlichen Sektors wird in diesem Jahr bei 3,9% des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Neben strukturellen Ursachen wirkt die dreijährige Stag-nationsphase und die hohe Sockelarbeitslosigkeit in der Entwicklung der öffentlichen Haushalte nach. Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche Belebung im Jahr 2004 vom Export ausgeht. Anders als ein binnenwirtschaftlich getragener ist ein exportgetriebener Aufschwung mit einem geringeren Anstieg der Steuereinnahmen verbunden. Alles in allem sollte die Defizitentwicklung im laufenden Jahr aus konjunkturellen Gründen hingenommen werden.

Allerdings werden nach dieser Prognose die im europäischen Kontext eingegangenen Verpflichtungen auch im kommenden Jahr nicht eingehalten, und die Defizitquote wird bei 3,7% liegen. Zwar ziehen die Einnahmen, vor allem bei den Gebietskörperschaften, wieder leicht an, aber auch die Ausgaben werden zunehmen. Ein strikter Ausgabenpfad, an den sich alle Ebenen halten müssen, wäre die dem Defizitziel überlegenere Konsolidierungsstrategie.

Die EZB steht in zunehmendem Maße vor dem Problem, die tatsächlichen Risiken für die Preisniveaustabilität im Euroraum angemessen bei ihren Zinsentscheidungen zu berücksichtigen. Soweit die Zunahme der Inflationsrate – bedingt durch den Anstieg des Ölpreises – lediglich vorübergehend ist und sich konjunkturelle Verspannungen im Euro-raum nicht abzeichnen, sollte die EZB die Leitzinsen nicht erhöhen. Jedoch wären graduelle Zins-schritte angemessen, wenn die Inflationserwartungen der Finanzmärkte deutlich über der 2%-Marke verharrten und somit einen negativen kurzfristigen Realzins implizierten.

*Arbeitskreis Konjunktur  
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

## Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes stärkt Anpassung der Industriebetriebe an Geschäftsschwankungen

– ein empirischer Ost-West-Vergleich anhand des IAB-Betriebspanels –

*An regionale und überregionale Nachfrageschwankungen passen sich die Industriebetriebe mit neuen und alten Handlungsweisen an. Während die produktionstechnischen Voraussetzungen für die betriebliche Flexibilität im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe etwas schwächer ausgeprägt sind,*

*unterscheidet sich der Anteil „standardisierter“ und flexibler Beschäftigungsverhältnissen zwischen den Industriebetrieben in Ost und West kaum. Größere Unterschiede können hier eher zwischen verschiedenen Betriebsgrößen und Ertragstypen ausgemacht werden. So heben sich insbesondere*

*kleinere Betriebe mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil flexibler Erwerbsformen ab. Das betrifft in Ost wie West vor allem Mini- und Midi-Jobs. Betriebe mit sehr guter Ertragslage nutzen besonders intensiv Überstunden, Teilzeitanstellungen und befristete Beschäftigungsverhältnisse. Betriebe mit unzureichender Ertragslage greifen dagegen eher auf kurzfristig aktivierbare Instrumente flexibler Arbeitsangebote wie Kurzarbeit und Mini-Jobs zurück.*

*Die geringere tarifliche Orientierung bei Arbeitszeit und Löhnen sowie der über das ganze Jahr ausdehnbare, überwiegend unentgeltliche Abbau von Überstunden erweisen sich als Wettbewerbsvorteile für die ostdeutsche Industrie.*

Die wirtschaftliche Aktivität ist mehr oder weniger großen Schwankungen ausgesetzt, und die Unternehmen pflegen darauf mit erprobten Mitteln zu reagieren. Ihre Handlungsweisen erstrecken sich auf den eigentlichen Produktionsprozess, aber auch auf den Input und den Output der betrieblichen Leistungserstellung. Insbesondere betrifft das die Vorratshaltung an Betriebsstoffen und Fertigerzeugnissen, die Lieferzeiten, die Anordnung von Kurzarbeit, Überstunden und Sonderschichten, die Vorratshaltung von Stamm- und den Einsatz von Zusatzpersonal. Diese Flexibilität ist nicht nur schlechthin erforderlich, um Schwankungen der Nachfrage zu begegnen, sondern auch, um das ökonomische Ziel der Unternehmung zu erfüllen. Dies setzt die Bewertung des leistungsrelevanten Faktormengenverzehr als Kosten voraus und spiegelt sich in der Ertragslage wider. Flexibilisierung kann die Kostenbelastung bei schwankender Produktion abmildern und die Ertragslage verbessern.

In jüngster Zeit wurden Reformen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes beschlossen und teilweise bereits umgesetzt. Ihre Bedeutung für die betriebliche Flexibilität muss auch in konjunktureller Hinsicht näher erforscht werden.<sup>1</sup> Bislang kommen jene Maßnahmen in Frage, die bereits einige Zeit in Kraft sind und Wirkung entfalten konnten. Dazu gehören die Ausdehnung des Niedriglohnssektors und die Leiharbeit. In diesem Beitrag soll auf der Basis von Einzeldaten der Frage

<sup>1</sup> Die Bedeutung der betrieblichen Flexibilisierung in struktureller Hinsicht wurde beispielsweise vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) untersucht. Vgl. BELLMANN, L. u. a.: Flexibilität von Betrieben in Deutschland. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 1993-1995, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Bd. 200. Nürnberg 1996.

nachgegangen werden, mit welchen herkömmlichen Mitteln und neuen Instrumenten Industriebetriebe ihre Geschäftstätigkeit an Schwankungen anpassen und was diese Betriebe von anderen unterscheidet, die diese Instrumente nicht implementiert haben. Dazu werden die Rolle der technischen Ausstattung, der Personalpolitik und der Tarifpolitik behandelt. Ein Vergleich der Daten mit Westdeutschland soll zeigen, inwieweit die ostdeutschen Betriebe in diesem Bereich einen Wettbewerbsvorteil besitzen. Der Untersuchung zugrunde liegen Angaben des IAB-Betriebspanels aus der Erhebungswelle 2003 für das Verarbeitende Gewerbe.

### ***Vor allem ertragsschwache Betriebe signalisieren stärkere Schwankungen der Geschäfte***

Eine besondere Gruppe unter den insgesamt vier-tausend Probanden im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands bilden jene Betriebe, die auf die Frage nach stärkeren Schwankungen der Geschäftstätigkeit mit ja geantwortet haben.<sup>2</sup> Von den 1 752 in Ostdeutschland Befragten sind dies 43%, von den 2 252 Teilnehmern aus Westdeutschland 37%.<sup>3</sup>

Bei den gemeldeten größeren Schwankungen dürfte es sich in der Regel um Abweichungen von der erwarteten Nachfrageentwicklung handeln, deren Ursachen zwar nicht erfragt wurden, aber anhand der gesamten betrieblichen Datenkonstellation analysiert werden können. Unter ihnen befinden sich solche Betriebe, die, wie die Investitionsgüterproduzenten, in der Hierarchie der Konjunkturabhängigkeit weit oben, aber auch solche, wie das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, die weit unten rangieren (vgl. Abbildung 1). Ein klares Abbild der Branchenhierarchie im Konjunkturprozess liegt nicht vor.<sup>4</sup> Deshalb wird die Vermutung genährt,

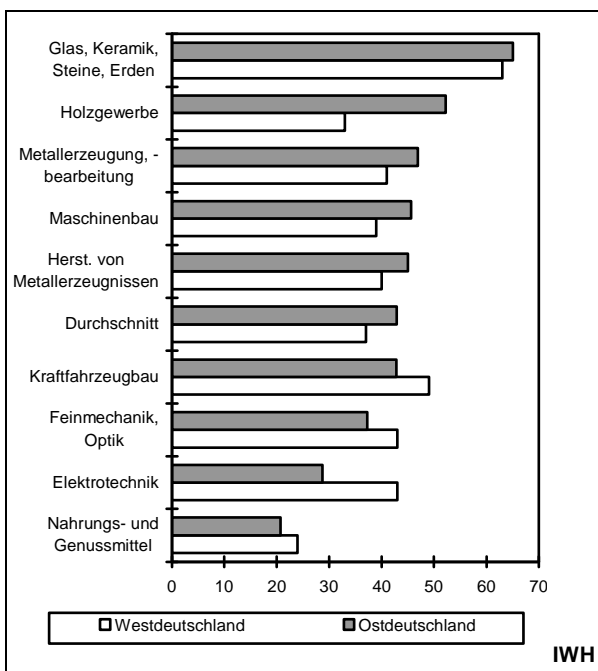
<sup>2</sup> Dieser Fragenkomplex wird in größeren zeitlichen Abständen gestellt, zuletzt 1996. Bei den Schwankungen der Produktion kann es sich sowohl um Abweichung von der erwarteten Entwicklung nach oben als auch nach unten handeln.

<sup>3</sup> Die Autoren danken Susanne Kohaut aus dem IAB für die Ausführung der Berechnungen für das Verarbeitende Gewerbe in den alten Bundesländern.

<sup>4</sup> Untersuchungen zur unterschiedlich starken Abhängigkeit der Branchen von Konjunkturschwankungen haben beispielsweise vorgelegt GRÖHN, E.: Spektralanalytische Untersuchungen zum zyklischen Wachstum der Industrieproduktion in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1967. Kieler Studien, Band 108. Tübingen 1970, S. 99 ff., und HERBEL, N.: Konjunkturindikatoren der amtlichen Statistik, in: Statistisches Bundesamt: Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie. Forum der Bundesstatistik, Band 35. Wiesbaden 2000, S. 79 f.

dass es sich bei der Gruppe mit stärkeren Schwankungen um Betriebe handelt, die 2002 entweder mit Sonderentwicklungen konfrontiert waren und/oder mit strukturellen Problemen zu kämpfen hatten. In der Tat gab es 2002 im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe regelrechte Produktions- und Nachfrageschocks, und dies mag die größeren Schwankungen vor allem bei baunahen Branchen wie der Steine- und Erdenindustrie, der Gummi- und Kunststoffverarbeitung sowie dem Holzgewerbe erklären.

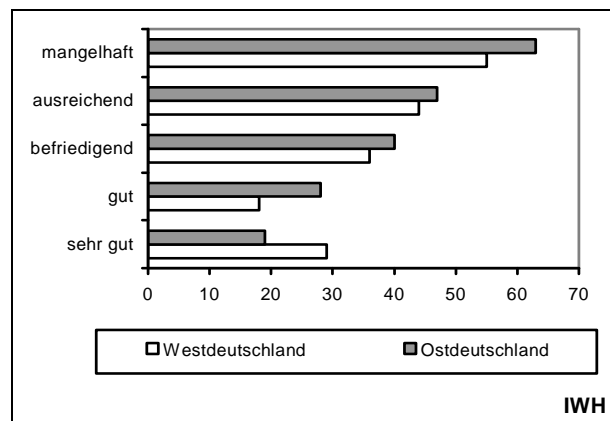
Abbildung 1:  
Betriebe mit stärkeren Schwankungen der Geschäfte im Jahr 2002 nach Branchen und Betriebsgrößen  
- in % der Betriebe -



Quellen: IAB-Betriebspanel 2003; Berechnungen des IAB und des IWH.

Letztlich ist aber für die Bewertung der gemeldeten übermäßigen Schwankungen ausschlaggebend, in welcher Beziehung sie zum Ziel der Unternehmen stehen. Die Daten des IAB-Betriebspanels deuten auf einen sehr engen Zusammenhang zwischen den Schwankungen der Geschäfte und der Ertragslage hin. Je ungünstiger die Ertragslage von den befragten Betrieben bewertet wird, umso stärker werden auch die Schwankungen wahrgenommen. Das gilt im Allgemeinen sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland (vgl. Abbildung 2). Dabei signalisieren mit Ausnahme der ertragsstärksten Betriebe die ostdeutschen Industriebetriebe in etwas höherem Grade konjunkturelle Fluktuationen als die westdeutschen.

Abbildung 2:  
Ertragslage und stärkere Schwankungen der Geschäfte im Jahr 2002  
- in % der Betriebe -

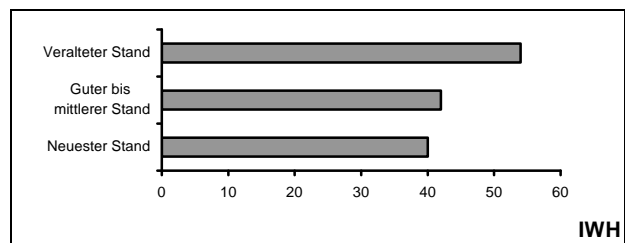


Quellen: IAB-Betriebspanel 2003; Berechnungen des IAB und des IWH.

### Moderne Produktionstechnik begünstigt betriebliche Flexibilität

Ein hoher technischer Stand der Anlagen ist nicht nur die Voraussetzung für die Herstellung technisch anspruchsvoller und qualitativ hochwertiger Produkte, er ermöglicht auch aufgrund flexibel konzipierter, automatisierter Fertigungskonzepte schnelle Anpassungen an die Markterfordernisse. Jede Inflexibilität der Produktionskapazitäten bedeutet dagegen höhere Durchschnittskosten der Produktion, da sich der Fixkostenanteil des Faktorverzehr auf eine geringere Zahl von erzeugten Gütern verteilt. Dies ist vor allem der Fall bei kapitalintensiver Produktion.

Abbildung 3:  
Technischer Stand der Anlagen<sup>a</sup> und stärkere Schwankungen der Geschäfte im Jahr 2002  
- in % der Betriebe -



<sup>a</sup> Erfragt wurde der technische Stand der Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Vergleich zu anderen Betrieben der Branche.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2003; Berechnungen des IAB und des IWH.

Die Anpassungsfähigkeit der Produktionsanlagen spielt neben den saisonal und konjunkturell

bedingten Nachfrageschwankungen vor allem auch wegen der kurzen Produktlebenszyklen, eines stark wechselnden Produktspektrums, Just-in-time-gerechten Losgrößen und einer hohen Variantenvielfalt eine wachsende Rolle im Prozess der Leistungserstellung. So zeigt sich im IAB-Betriebspanel sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland, dass Betriebe mit einem veralteten Stand der technischen Anlagen stärker, dagegen solche mit hochmodernen Anlagen in geringerem Maße Schwankungen der Geschäfte wahrnehmen.

Tabelle 1:  
Ertragslage und Betriebsgrößen nach dem technischen Stand der Anlagen<sup>a</sup>  
- in % der Betriebe -

	Technischer Stand der Anlagen					Anteil
	Veraltet	Mittlerer	Guter	Neuester	Gesamt	
<b>Ertragslage</b>						
NBL	7	40	43	10	100	100
Mangelhaft	17	45	32	6	100	18
Ausr./Befr.	5	41	47	7	100	60
Gut/sehr gut	2	31	45	22	100	22
ABL	6	37	46	11	100	100
Mangelhaft	17	42	32	9	100	23
Ausr./Befr.	4	39	48	9	100	53
Gut/sehr gut	1	26	56	18	100	24
<b>Betriebsgröße</b>						
NBL	7	40	43	10	100	100
1-19 Besch.	8	44	41	8	100	79
20-99 Besch.	4	25	51	20	100	17
100 u. mehr	2	23	53	22	100	4
ABL	6	37	46	11	100	100
1-19 Besch.	7	40	44	9	100	76
20-99 Besch.	6	28	50	17	100	18
100 u. mehr	3	27	51	19	100	6

<sup>a</sup> Erfragt wurde der technische Stand der Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Vergleich zu anderen Betrieben der Branche.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2003; Berechnungen des IAB und des IWH.

Hier besteht zugleich ein Zusammenhang zur Ertragslage. Je höher der Stand der eigenen technischen Anlagen im Vergleich zu den Konkurrenten von den Unternehmen eingeschätzt wird, umso besser ist auch die Ertragslage (vgl. Tabelle 1). Dabei fällt ein Größeneffekt ins Gewicht. Die größeren Betriebe versuchen, ihrer höheren Schwankungsabhängigkeit eine umso bessere technische und damit flexible Ausstattung entgegenzusetzen. Dagegen nutzen die kleineren, oftmals handwerklich orientierten Betriebe in deutlich geringerem Umfang moderne Technik. Im Ost-West-Vergleich

tritt dabei ein Struktureffekt aufgrund der unterschiedlichen regionalen Ausstattung mit Betriebsgrößen auf. Der etwas höhere Anteil kleinerer Betriebe und der geringere Besatz mit mittleren und großen Betrieben spiegelt sich aufgrund der oben geschilderten Zusammenhänge in einer geringfügig ungünstigeren technischen Ausstattung und damit weniger ausgeprägten technisch bedingten Flexibilität der ostdeutschen Industrie wider.

### *Flexibilisierung des Arbeitsinputs fördert Ertragslage*

Die Personalpolitik der Unternehmen kann durch Diversifizierung der Beschäftigungs- und Arbeitszeitverhältnisse wesentlich zur Flexibilisierung der betrieblichen Produktionsabläufe beitragen. Bei personalintensiver Produktion wirken Mehrarbeitszuschläge bei angespanntem Arbeitseinsatz ebenso kostensteigernd wie die längere Anwesenheit von Personal bei geringerem Arbeitszeitbedarf. Hat ein Betrieb dagegen die Möglichkeit, die realen Nutzungszeiten des Personals durch Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeiten auszudehnen, erzielt er einen zusätzlichen Ertrag.

Etwa seit Mitte der achtziger Jahre werden neben den auf Dauerhaftigkeit und Vollzeitbeschäftigung ausgelegten „Normalarbeitsverhältnissen“ zunehmend „nichtstandardisierte“ Beschäftigungsverhältnisse eingerichtet. Sie weisen Besonderheiten hinsichtlich der Befristung der Beschäftigung, des Beschäftigungsumfangs (Teilzeit, Kurzarbeit), der Geringfügigkeit (Midi- und Mini-Jobs) und der Förderfähigkeit der Beschäftigung (Arbeitsbeschaffungs-, Strukturanpassungs- und Beschäftigungsschaffende Infrastrukturmaßnahmen) auf.

Laut IAB-Betriebspanel bestehen hinsichtlich der Relation von standardisierten zu nichtstandardisierten, flexiblen Beschäftigungsverhältnissen kaum Unterschiede zwischen der ost- und der westdeutschen Industrie. In beiden Regionen gehörten Mitte 2003 ca. 14% der industriellen Beschäftigungsverhältnisse zu den flexiblen (vgl. Tabelle 2). In der Auswahl der Beschäftigungsformen werden allerdings Unterschiede sichtbar. In der westdeutschen Industrie schlagen mit 5% bzw. 3,4% die Mini-Jobs und die Teilzeitbeschäftigung am stärksten zu Buche. Von den ostdeutschen Betrieben werden diese flexiblen Beschäftigungsformen zwar auch am häufigsten angewandt, ihr Anteil ist aber mit 3,2% bzw. 2,6% deutlich geringer. Ihnen folgen in Ostdeutschland mit 2,4% in einem relativ knappen Abstand die Midi-Jobs und die befristet Beschäftigten.



Tabelle 2:  
Standardisierte und nicht standardisierte Beschäftigungsverhältnisse in der Industrie am 30.6.2003  
- in % der Beschäftigten -

	Standardisierte Beschäftigungsverhältnisse		Nichtstandardisierte Beschäftigungsverhältnisse						
	Abhängig Beschäftigte in Vollzeit <sup>a</sup>	Inhaber	Kurzarbeit	Teilzeit <sup>b</sup>	Midi-Jobs	Mini-Jobs	Leiharbeit	Befristung im	
								1. Markt	2. Markt <sup>c</sup>
<b>Ertragslage</b>									
NBL	81,7	4,5	1,0	2,6	2,4	3,2	1,8	2,4	0,3
Mangelhaft	80,6	5,0	1,5	2,2	2,3	3,9	1,4	3,1	0
Ausr./Befr.	80,2	5,5	1,2	2,6	2,9	3,5	1,7	1,9	0,5
Gut/sehr gut	84,7	2,9	0,6	2,9	2,0	2,4	1,9	2,5	0,1
ABL	82,9	3,0	0,7	3,4	1,7	5,0	1,6	1,7	0,1
Mangelhaft	81,3	4,4	1,5	2,7	1,7	5,9	1,2	1,2	0
Ausr./Befr.	82,8	2,8	0,6	3,5	2,0	5,2	1,6	1,4	0,1
Gut/sehr gut	84,1	2,6	0,4	3,6	1,3	4,2	1,8	2,2	0
<b>Betriebsgröße</b>									
NBL	81,7	4,5	1,0	2,6	2,4	3,2	1,8	2,4	0,3
1-19 Besch.	66,9	16,0	0,6	3,2	5,0	6,3	0,8	1,2	0,1
20-99 Besch.	85,1	2,0	1,4	1,9	3,0	3,3	1,5	1,5	0,3
100 u. mehr	87,1	0,1	1,0	2,9	0,7	1,4	2,6	3,8	0,3
ABL	82,9	3,0	0,7	3,4	1,7	5,0	1,6	1,7	0,1
1-19 Besch.	60,8	15,4	0,5	1,7	5,0	15,8	0,5	0,4	0,1
20-99 Besch.	82,8	2,4	0,8	2,2	2,5	7,0	1,6	0,8	0,1
100 u. mehr	88,4	0,1	0,7	4,3	0,6	1,6	1,9	2,3	0,1

<sup>a</sup> Mit Auszubildenden, ohne Vollbeschäftigte in Midi-Jobs. – <sup>b</sup> Ohne Mini- und Midi-Jobs. – <sup>c</sup> Die Midi-Jobs bewegen sich in einer Gleitzone zwischen 400 und 800 Euro Bruttomonatsverdienst. – <sup>d</sup> Ein Mini-Job ist eine geringfügige Beschäftigung und liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt bleibt. – <sup>e</sup> Arbeitsbeschaffungs-, Strukturanpassungs- und Beschäftigungsschaffende Infrastrukturmaßnahmen.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2003; Berechnungen des IAB und des IWH.

tigten. Leiharbeit wird ungeachtet der an sie geknüpften hohen Erwartungen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland vergleichsweise wenig angewandt.

Eine vertiefte Betrachtung der flexiblen Erwerbsformen nach Betriebsgröße und Ertragslage zeigt weitere Besonderheiten. Auffällig ist, dass die Kleinbetriebe mit 17% in der ostdeutschen und 24% in der westdeutschen Industrie in deutlich größerem Umfang flexible Beschäftigungsverhältnisse eingehen als im Durchschnitt der Befragung. Das ist hier vor allem der größeren Häufigkeit von Midi- und Mini-Jobs geschuldet. Besonders ausgeprägt ist dabei der Anteil der Mini-Jobs, die in den kleineren westdeutschen Betrieben 16% der Beschäftigungsverhältnisse ausmachen. Diese Erwerbsform kommt mit 6,3% in den vergleichbaren ostdeutschen Betrieben deutlich weniger zur Anwendung. Leiharbeit und befristete Beschäftigung erscheinen dagegen in Ost wie in West eher für größere Betriebe von Interesse zu sein. Die Teilzeitarbeit erreicht mit 4,3% in den größeren west-

deutschen Betrieben einen nicht unbedeutenden Anteil, in der ostdeutschen Industrie bleibt sie dahinter deutlich zurück.

In Bezug auf die Ertragssituation wird deutlich, dass sowohl die ost- als auch die westdeutschen ertragsschwachen Betriebe vor allem über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs) versuchen, ihre Personalkosten zu entlasten. Häufiger als im Durchschnitt sind dagegen Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse in den Betrieben mit guter und sehr guter Ertragslage zu finden.

Alles in allem zeigt sich, dass in den Industriebetrieben der alten und neuen Länder eine breite Palette flexibler Erwerbsformen zur Anwendung kommt. Je nach Ertragssituation und betriebstechnischen Gegebenheiten wählen die Betriebe ihr optimales Arbeitsregime aus. Da sich der Anteil flexibler Beschäftigungsverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland insgesamt aber kaum unterscheidet, dürften hiervon keine entscheidenden Wettbewerbsnachteile, aber auch keine Wettbewerbsvorteile ausgehen.

### **Flexibilität auch im Rahmen standardisierter Beschäftigungsverhältnisse**

Neben den flexiblen Erwerbsformen lassen sich saisonale und konjunkturelle Anpassungen aber auch durch die Variation von Arbeits- und Betriebszeiten im Rahmen „standardisierter“ Beschäftigungsverhältnisse erreichen. Zur Anwendung kommen zum Beispiel solche traditionellen Instrumente wie Überstunden, Schichtarbeit und Wochenendarbeit. Die zeitliche Anpassungsfähigkeit der Betriebe kann im Wege individueller Arbeitszeiten, die über lange Zeiträume variierbar sind, noch weiter verbessert werden. So erweist sich zum Beispiel eine auftragsgerechte Planung mit Hilfe von Arbeitszeitkonten in aller Regel rentabler als die übliche Erhöhung der zu vergütenden Stundenzahl. Letzteres hat sich in der Vergangenheit als zu eng und kostenintensiv erwiesen und kann in aller Regel nur von ertragsstarken Unternehmen praktiziert werden.

Im IAB-Betriebspanel lässt sich dies unter anderem an der Verteilung der Betriebe mit ausbezahlten Überstunden oder Freizeitausgleich ablesen (vgl. Tabelle 3). In Ost- wie in Westdeutschland haben 54% der Industriebetriebe im Jahr 2002 Überstunden ausgewiesen. In beiden Regionen hat nur etwa ein Siebentel dieser Betriebe die Über-

stunden generell vergütet. Dagegen ist der ausschließliche Ausgleich durch Freizeit in der ostdeutschen Industrie mit 48% der Betriebe, die Überstunden ausweisen, stärker verbreitet als in der westdeutschen Industrie (42%). Ein paralleles Angebot von Vergütung und Freizeitausgleich praktizieren die Industriebetriebe im Osten dagegen weniger als die in den alten Bundesländern. In beiden Bundesgebieten steigt der Anteil der Betriebe mit Überstunden mit der Beschäftigtenzahl. Die größeren Betriebe bieten dabei überwiegend sowohl Vergütung als auch Freizeitausgleich an, die kleineren Betriebe dagegen vor allem den ausschließlichen Freizeitausgleich. Bezogen auf die Ertragssituation zeigt sich eine stärkere Anwendung von Freizeitausgleich insbesondere bei den Betrieben mit schwacher Ertragslage, während die generelle Vergütung der Überstunden eher von den ertragsstarken Betrieben praktiziert wird. Das zeigt sich auch ganz deutlich an dem Anteil der Beschäftigten insgesamt, deren Überstunden vergütet werden. Er liegt in Ost wie West bei etwa einem Viertel der im Jahr 2002 insgesamt Beschäftigten.

Die in der ostdeutschen Industrie zu beobachtende stärkere Verbreitung über das Jahr variierbarer Arbeitszeitverhältnisse ohne Vergütung (so genannter „transitorischer“ Überstunden) ist als Wettbewerbsvorteil zu verstehen. Hier nutzen insbeson-

Tabelle 3:  
Betriebe und Beschäftigte mit Überstunden in der Industrie im Jahr 2002

	Betriebe mit Überstunden	davon				Beschäftigte mit vergüteten Überstunden
		Weder Vergütung noch Freizeitausgleich	Generell Freizeitausgleich	Vergütung und Freizeitausgleich	Generell Vergütung	
in % der Betriebe						in % der Beschäftigten
<b>Ertragsslage</b>						
NBL	54	6	48	33	14	20
Mangelhaft	52	14	48	25	13	17
Ausr./Befr.	51	3	53	31	13	18
Gut/sehr gut	66	6	35	42	17	24
ABL	54	4	42	40	14	22
Mangelhaft	49	6	45	34	15	18
Ausr./Befr.	54	3	46	38	13	20
Gut/sehr gut	59	4	35	30	27	28
<b>Betriebsgröße</b>						
NBL	54	6	48	33	14	20
1-19 Besch.	47	8	57	22	14	14
20-99 Besch.	82	1	29	53	17	23
100 u. mehr	86	2	20	72	7	20
ABL	54	4	42	40	14	22
1-19 Besch.	47	6	52	28	14	12
20-99 Besch.	73	0	27	54	19	24
100 u. mehr	88	0	18	76	6	23

Quellen: IAB-Betriebspanel 2003; Berechnungen des IAB und des IWH.

dere Betrieben mit weniger guter Ertragslage, aber auch kleinere Betriebe die Möglichkeit, ihre Situation über die Ausweitung der unbezahlten Überstunden ohne Zeitausgleich zu stabilisieren.

### **Betriebliche Lohn- und Arbeitszeitvereinbarungen bedeuten Wettbewerbsvorteil im Osten**

Auch die Tarifparteien können über Lohn- und Arbeitszeitdifferenzierungen einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Flexibilität der Betriebe leisten. Insbesondere Betriebe mit ausgeprägten Schwankungen der Nachfrage brauchen größere Spielräume bei der Arbeitszeit und der Bezahlung der eingesetzten Arbeitskräfte. Das IAB-Betriebspanel bestätigt für die Industrie Ostdeutschlands die Vermutung, dass sich Betriebe mit größeren Schwankungen der Produktion häufiger nicht an der tariflich vereinbarten Arbeitszeit orientieren als die übrigen Betriebe. Gleiches gilt hinsichtlich der Löhne.

Tabelle 4:  
Tariforientierung in der Industrie im Jahr 2003  
- in % der Betriebe -

	Vergleichbare tarifliche Löhne	Vergleichbare tarifliche Arbeitszeit
<b>Ertragslage</b>		
NBL	47	49
Mangelhaft	45	47
Ausreichend/Befried.	49	52
Gut	48	48
Sehr gut	35	44
ABL	68	64
Mangelhaft	71	67
Ausreichend/Befried.	70	61
Gut	59	58
Sehr gut	74	65
<b>Betriebsgröße</b>		
NBL	47	49
1-19 Besch.	47	49
20-99 Besch.	46	48
100 u. mehr	55	59
ABL	68	64
1-19 Besch.	66	62
20-99 Besch.	75	68
100 u. mehr	77	74

Quellen: IAB-Betriebspanel 2003; Berechnungen des IAB und des IWH.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass die ostdeutsche Industrie sehr wohl die Tarifvereinbarungen als Standortfaktor zu nutzen weiß (vgl. Tabelle 4). Im IAB-Betriebspanel 2003 wurde erstmalig neben der Tarifbindung auch die „Orientierung am Branchentarif“ erfragt. Über die Hochrechnung erlaubt dies, die realen Gegebenheiten in der Industrie hinsichtlich der Orientierung an der Lohnhöhe und der Länge der vereinbarten Arbeitszeit abzuschätzen. Dabei zeigt sich, dass die Tarifbindung bzw. -orientierung der ostdeutschen Industriebetriebe deutlich niedriger ist als beim westdeutschen Pendant. Während im Osten etwa die Hälfte der Betriebe vergleichbare tarifliche Löhne zahlt und vergleichbare tarifliche Arbeitszeiten einsetzt, trifft dies im Westen auf etwa zwei Drittel der Betriebe zu. Von den tariflichen Vereinbarungen weichen erwartungsgemäß die kleineren Betriebe stärker ab, und dies gilt für beide Regionen. Die Abweichung ist aber so groß, dass selbst die kleineren Betriebe in den alten Ländern eine höhere Tariforientierung aufweisen als die größeren Betriebe in den neuen Ländern. In Bezug auf die Ertragsverhältnisse wird deutlich, dass sich in Ostdeutschland gerade die Betriebe mit schlechterer oder besserer Ertragslage bei Arbeitszeit und Löhnen weniger an tariflichen Regelungen orientieren und dies zur Stärkung ihrer Wettbewerbsposition nutzen. Eine solche Polarisierung ist dagegen in der westdeutschen Industrie nicht zu beobachten.

### **Fazit**

Die Betriebe im ost- wie im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe nutzen ein weites Spektrum von Maßnahmen, um Schwankungen der Geschäftstätigkeit zu begegnen. Hier haben die neuen Instrumente zur Flexibilisierung des Arbeitsinputs im Bereich der geringfügigen Beschäftigung bereits im ersten Jahr der Neuregelung Anklang gefunden. Sie kommen vor allem den technischen Gegebenheiten in kleineren Betrieben und der Situation in ertragsschwachen Industriebetrieben entgegen. Andere Instrumente wie die Leiharbeit bleiben dagegen bislang deutlich hinter den Erwartungen zurück. In Ostdeutschland schlägt darüber hinaus der Freiraum für dezentrale Lösungen bei Arbeitszeit und Löhnen positiv für die Betriebe zu Buche.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de  
Udo.Ludwig@iwh-halle.de

## Die ostdeutsche Tourismuswirtschaft – eine potenzielle Wachstumsbranche

*Nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Jahr 1990 stand auch die Tourismuswirtschaft in den neuen Ländern vor erheblichen Anpassungserfordernissen. Eine entscheidende Voraussetzung war die Erweiterung und Modernisierung der Kapazitäten des Beherbergungsgewerbes.*

*2003 standen – mit rund einer halben Million Betten – mehr als doppelt so viele Gästebetten für den Fremdenverkehr in Ostdeutschland (einschließlich Berlin-Ost) wie 1992 zur Verfügung. Dadurch wurden Kapazitätsengpässe abgebaut. Auch in Komfort und Ausstattung entsprechen die Beherbergungskapazitäten überwiegend zeitgemäßen Ansprüchen. Im Vergleich zu Westdeutschland ist die Bettendichte, gemessen an der Einwohnerzahl, bereits seit 1999 höher. Größere Beherbergungsbetriebe (mit 100 und mehr Betten) sind dabei anteilig stärker vertreten.*

*Die Zahl der Übernachtungen hat sich seit 1992 ebenso mehr als verdoppelt; 2003 wurden insgesamt 62,5 Millionen gezählt. Die Fremdenverkehrsintensität (Übernachtungen je 1 000 Einwohner) ist zwar seit 2001 größer als in Westdeutschland, dennoch ist die Auslastungsquote der Gästebetten, außer in Mecklenburg-Vorpommern, nicht zufriedenstellend.*

*Für viele periphere Regionen, insbesondere solche mit günstigen landschaftlichen oder kulturellen Voraussetzungen, stellt der Ausbau der Tourismuswirtschaft eine Chance dar, am weiteren Wachstumsprozess zu partizipieren. Dafür sind geeignete wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu setzen.*

Die Tourismuswirtschaft setzt sich aus einer Vielzahl von Leistungen unterschiedlicher Bereiche der Volkswirtschaft zusammen. Eine Säule ist das Gastgewerbe, zu dem das Beherbergungsgewerbe und das Gaststättengewerbe gehören. Neben diesen Branchen sind zahlreiche andere Wirtschaftsbereiche und -zweige mit Leistungen und/oder Produkten am Tourismusgeschäft beteiligt. Die Tourismuswirtschaft zählt so zu den größten Wirtschaftsbereichen. Für Deutschland ermittelte das DIW Berlin für 1995 einen Anteil des Tourismus am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 8%.<sup>5</sup> Die-

ser Anteil dürfte sich seitdem nur wenig verändert haben.

Seit 1990 wurde der Kapitalstock im ostdeutschen Beherbergungsgewerbe erheblich erweitert und modernisiert. Dadurch verfügen die neuen Länder über gute Voraussetzungen, den Tourismus noch stärker für die wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen und Arbeitsplätze zu schaffen. Von 1998 bis 2001 ist die nominale Bruttowertschöpfung allein des Gastgewerbes in den neuen Ländern (ohne Berlin) im Jahresdurchschnitt um 3,1% und damit deutlich schneller als das BIP (1,5%) gewachsen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im gleichen Zeitraum um mehr als 20 000 bzw. 9,4% auf rund eine viertel Million Personen angestiegen. Einen besonderen Stellenwert besitzt die Tourismuswirtschaft für die Entwicklung strukturschwacher Räume, wie sie u. a. in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg und auch anderswo existieren. Daten für Mecklenburg-Vorpommern belegen dies augenscheinlich: Die nominale Bruttowertschöpfung des Gastgewerbes erhöhte sich von 1998 bis 2001 jahresdurchschnittlich um 6,8%, während die Bruttowertschöpfung insgesamt lediglich um 1,3% zunahm. Die Erwerbstätigenzahl hat sich in diesem Zeitraum um rund 7 000 bzw. ein Fünftel vergrößert.

Für die Untersuchung wurden Daten der amtlichen Statistik ausgewertet. Die Statistik für das Beherbergungsgewerbe erfasst dabei nur jene Betriebe, die über neun und mehr Gästebetten verfügen. Das bedeutet, dass die Angaben zur Kapazität, zur Zahl der Übernachtungen usw. unterzeichnet sind.<sup>6</sup> Nicht berücksichtigt wurde die Camping-Touristik. Berlin-Ost ist in den Daten, sofern dies nicht gesondert vermerkt wird, mit einbezogen.

### **Zur Situation Anfang der 90er Jahre**

Im Sommer 1990 unterschied sich das Beherbergungsgewerbe im Osten Deutschlands, bedingt dadurch, dass der Tourismus in der DDR unter völlig anderen gesellschaftlichen Verhältnissen als im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik organisiert und durchgeführt wurde, erheblich von

<sup>5</sup> Vgl. DIW Berlin: Zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in Deutschland. DIW-Wochenbericht 9/1999, S. 179 ff. Darin wird auch auf die Problematik der Erfassung und Abgrenzung des Tourismus eingegangen. Berechnungen auf einer aktuelleren Datenbasis liegen nicht vor.

<sup>6</sup> Eine Vorstellung über die Größenordnung der nicht erfassten Kapazität liefern Erhebungsdaten des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg. Danach betrug der Anteil der angebotenen Gästebetten in den Einrichtungen unter neun Gästebetten am gesamten Gästebettenbestand im Juli 2001 (wie auch 1998) rund ein Fünftel.

dem im Westen Deutschlands. Die Unterschiede zeigten sich u. a. in der Betriebsartenstruktur,<sup>7</sup> im Komfort und in der Ausstattung<sup>8</sup> der Einrichtungen. Es existierte nur ein sehr weitmaschiges Netz öffentlicher Hotels; eine Geschäftshotellerie gab es lediglich in Ansätzen.<sup>9</sup> Die Privatisierung,<sup>10</sup> Neugründungen von Betrieben und öffentliche Hilfen leiteten jedoch ziemlich rasch eine Wende ein. Bereits Anfang 1991 hatte sich das Angebot im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe spürbar erhöht. Die Hotelkapazität, gemessen an der Bettenzahl, hatte sich bis dahin fast verdoppelt, vor allem durch die kommerzielle Nutzung ehemals nichtöffentlicher Einrichtungen des Staates, der Parteien, der Gewerkschaften und der Kommunen. Auch die qualitative Ausstattung der Einrichtungen hatte sich verbessert.<sup>11</sup> Im Juli 1992 standen bereits rund 220 000 Gästebetten zur Verfügung, je 1 000 Einwohner 14; in Westdeutschland waren es mit 27 jedoch fast doppelt so viele.

### ***Bettenzahl mehr als verdoppelt, Komfort und Ausstattung deutlich verbessert***

In der Folgezeit haben sich die Bedingungen für die Entwicklung des Tourismus in den neuen Ländern weiter verbessert.

Die Privatisierung der Hotels und Ferienheime wurde durch die Treuhandanstalt bis Ende 1993

---

<sup>7</sup> So fehlten Übernachtungsmöglichkeiten in Hotels garnis und in Gaststätten sowie in Sanatorien und Kurkrankenhäusern. Kleinere Betriebe waren ebenso unterrepräsentiert.

<sup>8</sup> Erste zahlenmäßige Informationen darüber lieferte die Statistik über die Beherbergungskapazität, in die Ostdeutschland 1993 erstmals einbezogen worden ist. Danach verfügten in den neuen Ländern Anfang 1993 rund 63% der Gästezimmer über Bad oder Dusche mit WC; in den alten Ländern rund 82%.

<sup>9</sup> Vgl. BÄHRE, H.: Tourismuspolitik in der Systemtransformation – Eine Untersuchung zum Reisen in der DDR und zum ostdeutschen Tourismus im Zeitraum 1980 bis 2000. Bd. I. Integron, Berlin 2003, S. 236 ff.

<sup>10</sup> Zur Privatisierung durch die Treuhandanstalt waren insgesamt ca. 4 150 Beherbergungseinrichtungen mit mehr als 200 000 Betten (und einer erheblichen Zahl von Gastronomieplätzen) vorgesehen. Darunter befanden sich etwa 2 500 Objekte der Unternehmen, ca. 1 000 Objekte der ehemaligen Parteien und Massenorganisationen und etwa 500 Objekte des ehemaligen MfS. Ein Teil dieser Objekte war jedoch, vor allem wegen des schlechten Zustandes, nicht mehr touristisch nutzbar. Vgl. TREUHANDANSTALT: Dokumentation 1990-1994, Bd. 8. Berlin 1994, S. 595 ff.

<sup>11</sup> Vgl. DIW Berlin; IfW: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, Erster Bericht, in: Kieler Diskussionsbeiträge 168. Kiel 1991, S. 17 f.

weitgehend abgeschlossen.<sup>12</sup> Ein erheblicher Teil der nutzbaren Objekte wurde an Antragsteller aus den neuen Ländern veräußert. Damit wurde gleichzeitig das Entstehen einer mittelständischen Wirtschaftsstruktur in dieser Branche gefördert.

Hunderte von Existenzgründern stärkten zudem die touristische Basis. Um in dem sich verschärfenden Wettbewerb bestehen zu können, investierten sie zum Teil kräftig.<sup>13</sup> Dafür erhielten sie umfangreiche finanzielle Hilfen. Die Erneuerung der touristischen Infrastruktur wurde im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert.<sup>14</sup> Zur Modernisierung von Einrichtungen bzw. zum Kapazitätsaufbau trugen zunehmend auch große Gesellschaften, darunter international tätige Hotelgruppen, bei.

Die Zahl der angebotenen Betten war insbesondere bis 1998 stark angestiegen; gegenüber 1992 hatte sie sich bereits mehr als verdoppelt (vgl. Abbildung 1). Danach hat sich der Zuwachs deutlich abgeflacht. 2002 erhöhte sich die Bettenzahl gegenüber dem Vorjahr um rund 4 800 bzw. 1%; 2003 war sie zum ersten Mal leicht rückläufig (minus 3 300 bzw. 0,7%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Bettendichte in Ostdeutschland, gemessen an der Einwohnerzahl, seit 1999 höher als in Westdeutschland ist.

Die von 1992 bis 2003 relativ größten Zuwächse an angebotenen Betten gab es in Gasthöfen (430%), in Ferienhäusern und -wohnungen (218%), Sanatorien und Kurkrankenhäusern (213%) sowie in Hotels garnis (195%) (vgl. Tabelle 1). Dadurch wurde die Betriebsartenstruktur des Bettenangebots in den neuen Ländern insgesamt homogener. Im Vergleich zu Westdeutschland ist die Bettendichte (Gästebetten je 1 000 Einwohner) insbesondere bei Hotels, Ferienhäusern und -wohnungen, Jugendherbergen sowie bei Ferienzentren größer, bei Hotels garnis und Gasthöfen dagegen (weiterhin) kleiner (vgl. Tabelle 2). Im Jahr 2003 standen

---

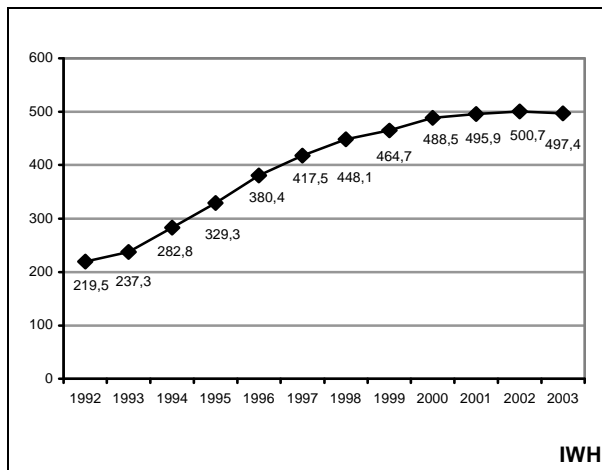
<sup>12</sup> Vgl. TREUHANDANSTALT: Hotels und Ferienheime wieder in privater Regie, Treuhand-Informationen, Ausgabe 20. Januar 1994, S. 38.

<sup>13</sup> Daten über die im Gastgewerbe, speziell im Beherbergungsgewerbe, getätigten Investitionen wurden von 1993 bis 1999 nur alle zwei Jahre erhoben. Demzufolge können keine Angaben zum Gesamtumfang der Investitionen gemacht werden. 2001 wurden von den Unternehmen des Gastgewerbes der neuen Länder (ohne Berlin-Ost und Sachsen-Anhalt) rund 110 Mio. Euro investiert.

<sup>14</sup> Zum Einsatz dieses Förderinstruments vgl. BÄHRE, H., a. a. O., S. 404-408.

in den neuen Ländern insgesamt 33,6 Gästebetten je 1 000 Einwohner in Beherbergungsbetrieben mit neun und mehr Gästebetten zur Verfügung; in Westdeutschland waren es 29,8.

Abbildung 1:  
Angebotene Gästebetten<sup>a</sup> in Beherbergungsbetrieben<sup>b</sup> Ostdeutschlands<sup>c</sup>  
- in 1 000 -



<sup>a</sup> Stand: Juli. – <sup>b</sup> Betriebe mit neun und mehr Gästebetten. –  
<sup>c</sup> Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Unter dem Aspekt der Betriebsgröße zeigen sich sehr differenzierte Entwicklungen (vgl. Tabelle 3). Insgesamt gesehen, hat der Anteil der Gästebetten in kleineren Betrieben (Betriebe mit neun bis 29 Gästebetten), wie auch der Anteil dieser Betriebe selbst, leicht zugenommen; gleichzeitig hat sich aber auch der Anteil der Gästebetten in großen Betrieben (mit 100 und mehr Gästebetten) erhöht. Im Vergleich zu Westdeutschland werden nach wie vor anteilig weniger Betten in kleineren und anteilig mehr in großen Beherbergungseinrichtungen angeboten.

Was Komfort und Ausstattung der Beherbergungsbetriebe betrifft, sind ebenso erhebliche Fortschritte erzielt worden. Anfang 1999, dem Jahr, in dem letztmalig diese Angaben erhoben worden sind,<sup>15</sup> waren rund 95% der Gästezimmer in den Beherbergungsbetrieben (ohne Ferienhäuser, -wohnungen, Jugendherbergen und jugendherbergsähnliche Einrichtungen) mit Bad bzw. Dusche und WC ausgestattet (Westdeutschland 92%). Über

<sup>15</sup> Der quantitative und qualitative Stand der Beherbergungskapazitäten wurde seit 1981 in einem sechsjährigen Turnus gesondert erhoben. Die neuen Länder und Berlin-Ost wurden erstmals 1993 einbezogen. Diese Statistik wird nicht mehr fortgeführt.

Sport- oder ähnliche Freizeiteinrichtungen verfügten zum gleichen Zeitpunkt rund 39% aller Betriebe (in Westdeutschland 32,4%). Mit 45,6% besaß fast die Hälfte der Betriebe Räume für Konferenzen, Tagungen, Seminare oder andere Veranstaltungen (in Westdeutschland 27,1%). Die qualitative Ausstattung der Beherbergungsbetriebe dürfte sich in den letzten Jahren, ohne dass darüber konkrete Angaben gemacht werden können, weiter verbessert haben.

Das touristische Angebot haben freilich auch viele andere Maßnahmen wie die Erweiterung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur sowie die attraktivere Gestaltung der Städte und Gemeinden gefördert.

### *Fremdenverkehrsintensität seit 1992 auf das Zweieinhalbfache erhöht*

Ausdruck der erheblichen Verbesserung der angebotsseitigen Bedingungen des Tourismus in Ostdeutschland ist die Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen. Ihre Zahl hat sich jeweils, wie die Bettenzahl, von 1992 bis 2003 mehr als verdoppelt (vgl. Tabelle 4). Dabei haben die ostdeutschen Beherbergungsbetriebe auch von einer steigenden Zahl von Besuchern aus Westdeutschland profitiert.<sup>16</sup>

Noch aussagefähiger ist die Fremdenverkehrsintensität, d. h. die Zahl der Übernachtungen in Relation zur Einwohnerzahl. Die Übernachtungen je 1 000 Einwohner haben sich in den neuen Ländern von 1 713 im Jahr 1992 auf 4 224 im Jahr 2003 und damit auf rund das Zweieinhalbfache erhöht (vgl. Abbildung 2). Seit 2001 ist die Fremdenverkehrsintensität höher als in Westdeutschland. Dabei ist mit in Rechnung zu stellen, dass sich im genannten Zeitraum die Einwohnerzahl in den neuen Ländern um 5,6% (rund 885 000) verringert und in den alten Ländern um 3,7% (rund 2,4 Millionen) vergrößert hat.

### *Sehr differenzierter Entwicklungsstand in den ostdeutschen Ländern*

In den einzelnen ostdeutschen Ländern hat der Tourismus einen sehr differenzierten Stand erreicht.

<sup>16</sup> Angaben zur Zahl westdeutscher Gäste in Beherbergungseinrichtungen der neuen Länder sind nicht möglich, da die amtliche Statistik beim Wohnsitz lediglich nach „Bundesrepublik Deutschland“ und „Anderer Wohnsitz“ unterscheidet.

Tabelle 1:

Geöffnete Betriebe und angebotene Betten im Beherbergungsgewerbe Ostdeutschlands<sup>a</sup> 2003 sowie die Veränderung ihrer Zahl gegenüber 1992 nach Betriebsarten

Betriebsart	Geöffnete Betriebe <sup>b,c</sup>		Angebotene Betten/ Schlafgelegenheiten <sup>c</sup>	
	2003	Veränderung 1992-2003	2003	Veränderung 1992-2003
	Anzahl	%	1 000	%
Hotels	2 570	148,5	208,3	128,0
Gasthöfe	1 622	405,3	34,5	429,9
Pensionen	1 235	95,7	25,6	50,0
Hotels garnis	726	263,0	34,1	195,4
<i>Hotellerie zusammen</i>	<i>6 153</i>	<i>181,5</i>	<i>302,5</i>	<i>139,2</i>
Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime	538	-5,8	41,2	39,2
Ferienzentren	50	8,7	16,1	128,5
Ferienhäuser und -wohnungen	1 498	203,9	69,9	218,2
Hütten, Jugendherbergen, jugendherbergsähnliche Einrichtungen	419	28,1	33,6	42,4
<i>Erholungs- und Ferienheime, Ferienzentren u. a. zusammen</i>	<i>2 505</i>	<i>74,3</i>	<i>160,7</i>	<i>95,6</i>
Sanatorien, Kurkrankenhäuser	168	51,4	34,1	213,3
Betriebe insgesamt	8 826	136,4	497,4	126,6

<sup>a</sup> Einschließlich Berlin-Ost. – <sup>b</sup> Betriebe mit neun und mehr Gästebetten, ganz oder teilweise geöffnet. – <sup>c</sup> Stand: Juli. – Abweichungen durch Rundungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:

Bettendichte<sup>a</sup> im Beherbergungsgewerbe<sup>b</sup> Ostdeutschlands<sup>c</sup> und Westdeutschlands 2003

Betriebsart	Ostdeutschland		Westdeutschland
		<i>Nachrichtlich: 1992</i>	
Hotels	14,1	5,8	10,8
Gasthöfe	2,3	0,4	2,9
Pensionen	1,7	1,1	1,6
Hotels garnis	2,3	0,7	4,1
<i>Hotellerie zusammen</i>	<i>20,4</i>	<i>8,1</i>	<i>19,4</i>
Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime	2,8	1,9	2,5
Ferienzentren	1,1	0,5	0,6
Ferienhäuser und -wohnungen	4,7	1,4	3,8
Hütten, Jugendherbergen, jugendherbergsähnliche Einrichtungen	2,3	1,5	1,4
<i>Erholungs- und Ferienheime, Ferienzentren u. a. zusammen</i>	<i>10,9</i>	<i>5,2</i>	<i>8,4</i>
Sanatorien, Kurkrankenhäuser	2,3	0,7	2,0
Betriebe insgesamt	33,6	14,0	29,8

<sup>a</sup> Angebotene Gästebetten im Juli je 1 000 Einwohner. – <sup>b</sup> Betriebe mit neun und mehr Gästebetten. – <sup>c</sup> Einschließlich Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 3:

Betriebe und Betten des Beherbergungsgewerbes in Ostdeutschland<sup>a</sup> nach Betriebsgrößenklassen  
- Anteile in % -

Betriebe mit ... bis ... Gästebetten	Betriebe			Gästebetten/Schlafgelegenheiten		
	01.01.1993	Juli 2003		01.01.1993	Juli 2003	
			<i>Nachrichtlich: Westdeutschland</i>			<i>Nachrichtlich: Westdeutschland</i>
9 bis 14	17,0	19,5	22,9	3,4	4,0	5,7
15 bis 29	31,5	31,9	36,0	11,5	11,6	16,0
30 bis 99	39,2	35,8	31,5	35,0	32,7	34,0
100 bis 249	8,9	9,5	7,5	22,7	25,7	23,8
250 bis 499	2,2	2,3	1,6	13,7	13,5	11,1
500 bis 999	1,0	0,8	0,4	11,8	8,9	5,3
1000 und mehr	0,1	0,2	0,1	1,9	3,7	4,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

<sup>a</sup> Einschließlich Berlin- Ost. – Abweichungen durch Rundungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 4:

Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen, der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste sowie der durchschnittlichen Auslastung der angebotenen Betten im Beherbergungsgewerbe<sup>a</sup> Ostdeutschlands<sup>b</sup>

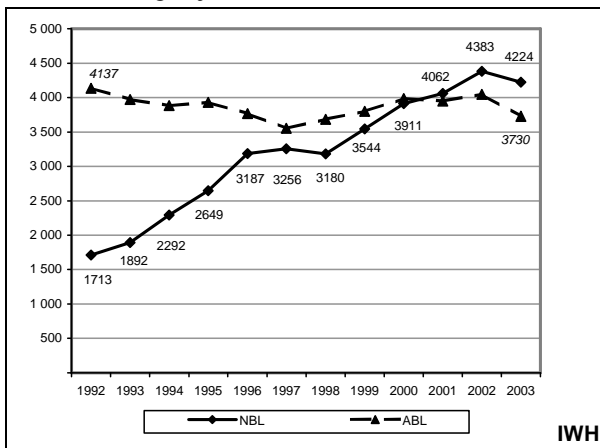
Jahr	Ankünfte	Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Durchschnittliche Auslastung der angebotenen Betten	
			Veränderung gegenüber dem Vorjahr			<i>Nachrichtlich:</i> Westdeutschland
	1 000		%	Tage	%	
1992	8 794,5	27 046,8	-	3,1	39,4	43,2
1993	9 849,4	29 679,1	9,7	3,0	38,7	41,6
1994	11 692,1	35 758,1	20,7	3,1	38,7	40,0
1995	13 393,1	41 141,8	15,1	3,1	37,7	39,4
1996	14 546,3	45 173,9	9,8	3,1	35,4	37,9
1997	15 319,1	46 016,5	1,9	3,0	32,5	35,5
1998	16 140,8	48 770,9	6,0	3,0	32,2	35,8
1999	17 801,8	54 065,2	10,9	3,0	33,8	36,6
2000	19 308,4	59 511,4	10,1	3,1	35,5	38,1
2001	19 734,4	61 420,2	3,2	3,1	36,0	37,8
2002	19 123,3	60 628,4	-1,3	3,2	35,3	36,4
2003	19 997,0	62 521,1	3,1	3,1	36,7	36,1

<sup>a</sup> Betriebe mit neun und mehr Gästebetten. – <sup>b</sup> Einschließlich Berlin- Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Das zeigt sich sowohl in der Bettendichte und in der durchschnittlichen Bettenauslastung als auch in der Fremdenverkehrsintensität (vgl. Tabelle 5). Mecklenburg-Vorpommern nimmt in all diesen Kenndaten eine Spitzenposition ein. Das Land profitiert dabei zweifellos von den vorhandenen natürlichen Gegebenheiten (Ostseeküste, Mecklenburgische Seenplatte u. a.). Dort befindet sich inzwischen über ein Drittel der Tourismlkapazität der ostdeutschen Flächenländer; rund 38% der Übernachtungen wurden 2003 in Beherbergungsbetrieben dieses Bundeslandes durchgeführt.

Abbildung 2:  
Fremdenverkehrsintensität in Ost- und Westdeutschland  
- Übernachtungen je 1 000 Einwohner –



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Fremdenverkehrsintensität, in der Mecklenburg-Vorpommern auch in Deutschland den Spitzenplatz innehat, betrug rund das Vierfache gegenüber Brandenburg, Sachsen und Thüringen und rund das Sechsfache gegenüber Sachsen-Anhalt. Auch im Vergleich zu Schleswig-Holstein ist sie deutlich höher. Die angebotenen Betten/Schlafgelegenheiten wurden dadurch im vergangenen Jahr mit rund 41% ausgelastet. In Sachsen-Anhalt, das u. a. mit dem Harz und Harzvorland, dem Saale- und dem Unstruttal sowie den Städten Halle, Quedlinburg und Wittenberg auch über bekannte Tourismusziele verfügt, belief sich diese Quote lediglich auf 29,5%.

Die Auslastung der Kapazitäten ist dadurch insgesamt nicht zufriedenstellend, auch wenn sie sich in den letzten Jahren tendenziell verbessert hat (vgl. Tabelle 4).

Für den Städtetourismus zeigt sich beispielsweise, dass im Jahr 2002 die Beherbergungseinrichtungen in nur wenigen Städten wie Dresden, Rostock, Wismar und Suhl mit einer Quote von über 40% ausgelastet wurden,<sup>17</sup> während dies in Westdeutschland weit häufiger der Fall war. Eine Ursache könnte der relativ geringere Anteil von Dienstreisen aufgrund der niedrigeren Unternehmensdichte in Ostdeutschland sein.

<sup>17</sup> In Leipzig beispielsweise belief sich die Auslastungsquote 2002 auf 37,7% und in Weimar auf 35,3%.



Tabelle 5:  
Tourismus-Kenndaten der ostdeutschen Flächenländer 2003

Bundesland	Bettendichte <sup>a</sup>	Durchschnittliche Auslastung <sup>b</sup>	Fremdenverkehrsintensität <sup>c</sup>	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	Anzahl	%	Anzahl	Tage
Brandenburg	30,2	32,2	3 283	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	94,8	40,9	12 781	4,3
Sachsen	25,8	36,5	3 295	2,8
Sachsen-Anhalt	20,4	29,5	2 143	2,5
Thüringen	29,1	33,6	3 445	2,9
Insgesamt	35,1	36,7 <sup>d</sup>	4 319	3,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Schleswig-Holstein	62,7	37,8	7 321	4,6
Niedersachsen	34,1	35,2	4 042	3,4

<sup>a</sup> Angebotene Betten je 1 000 Einwohner, Stand: Juli. – <sup>b</sup> Im Jahr. – <sup>c</sup> Übernachtungen je 1 000 Einwohner. – <sup>d</sup> Einschließlich Berlin-Ost.

Quellen: Statistische Landesämter der Länder; Berechnungen des IWH.

Auffällig ist auch der gegenüber Westdeutschland geringere Anteil ausländischer Besucher. 2003 entfiel noch nicht einmal ein Zehntel der Übernachtungen (hier einschließlich Camping) ausländischer Gäste in Deutschland – 4,1 Millionen Übernachtungen von insgesamt 41,7 Millionen – auf die neuen Bundesländer. Der Anteil dieser Gästegruppe ist bei der Zahl der Übernachtungen von 6,6% im Jahr 1992 auf 6,0% im Jahr 2003 sogar zurückgegangen.<sup>18</sup>

#### **Günstige Voraussetzungen noch besser nutzen**

Die neuen Länder besitzen durch die erheblich gewachsenen und zumeist modernen Tourismuskapazitäten, attraktive Landschaften sowie kultur- und kunsthistorisch wertvolle Bauwerke und Städte gute, zum Teil sehr gute Voraussetzungen für die Ausweitung des Tourismus. Diese Bedingungen gilt es noch besser zu nutzen. Als Anforderungen werden u. a. gesehen:

- Die Tourismuswirtschaft und -organisationen sind gefordert, für Marktsegmente, in denen die neuen Länder mittel- und langfristig über bedeutende Entwicklungspotenziale verfügen, Konzeptionen mit attraktiven Produktideen zu entwickeln. Das betrifft u. a. den wassergebundenen Tourismus, den Städtetourismus, den Gesundheitstourismus sowie den sanften bzw. umweltschonenden Tourismus. Darin sollte den sich abzeichnenden demografischen Veränderungen im In- und Ausland Rechnung getragen werden. Für eine Ausweitung etwa des Städte-

tourismus sollte stärker als bisher die inzwischen häufig abgeschlossene bzw. weit vorgeschrittene Erneuerung und Revitalisierung historischer Stadtkerne herausgestellt und in die Tourismuswerbung und -durchführung einbezogen werden. Überlegt werden sollte, wie die relativ gute Ausstattung der Beherbergungsbetriebe mit Räumen für Konferenzen, Tagungen usw. zur Erhöhung von Marktanteilsgewinnen beim Tagungstourismus genutzt werden könnte.

- Kooperationen von Tourismusverbänden und eventuell weiteren Partnern sollten stärker dazu eingesetzt werden, Synergiepotenziale zu erschließen. Ein Beispiel hierfür ist die geplante Schaffung eines Kultur-Tourismus-Clusters in Mitteldeutschland durch Vertreter von Marketing- und Tourismusagenturen sowie von Städten der drei mitteldeutschen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zudem sollten gemeinsame Vermarktungsstrategien darauf gerichtet sein, ostdeutsche Ferienregionen bei großen Reiseveranstaltern stärker zu listen, beispielsweise unter bestimmten thematischen Schwerpunkten.
- Eine bequeme und wenig zeitaufwändige Erreichbarkeit touristischer Ziele hat einen nicht geringen Einfluss auf die Auslastung der Beherbergungseinrichtungen. Deshalb sollten die Länder bei Entscheidungen über den Einsatz finanzieller Mittel, darunter der, die im Rahmen des Solidarpaktes II zur Verfügung stehen, auch die bessere verkehrstechnische Anbindung touristisch besonders beliebter Regionen im Blick behalten.

<sup>18</sup> Vgl. SPÖREL, U.: Inlandstourismus 2003: Stabilisierung trotz ungünstiger Rahmenbedingungen. *Wirtschaft und Statistik* 4/2004, S. 432.

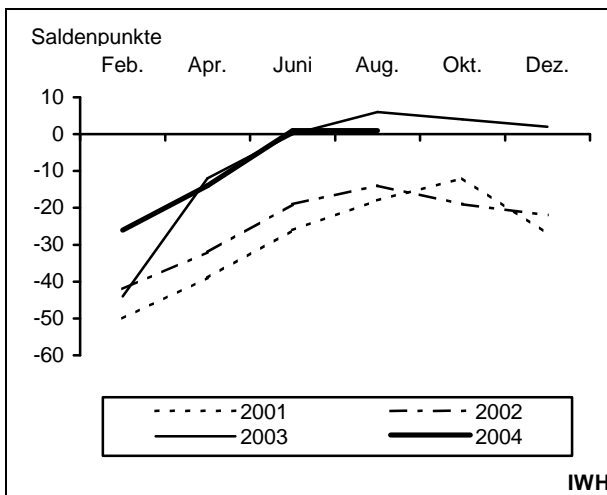
*Siegfried.Beer@iwh-halle.de*

## Ostdeutsches Baugewerbe im August 2004: Kurzes Sommerhoch

Die Geschäftslage im August wird laut Umfrage des IWH unter 300 ostdeutschen Bauunternehmen etwa genau so beurteilt wie in der vorangegangenen Befragung im Juni. Der sonst übliche Auftrieb bei den im Sommer laufenden Baugeschäften fiel somit in diesem Jahr schwächer aus. Die Geschäftserwartungen bis zum Jahresausklang befinden sich nach dem Einbruch im Frühjahr weiter auf dem Pfad der Besserung. Der Saldo aus den positiven und negativen Werten steigt hier gegenüber der vorangegangenen Befragung und erreicht das Niveau vom Vorjahr. Alles in allem verbleibt etwa die Hälfte der Unternehmen bei einer negativen Beurteilung der Lage, in Bezug auf die künftige Entwicklung überwiegt die Skepsis aber weiterhin deutlich. Die Entwicklung ist zwischen den Sparten gespalten.

Mit 58% negativer Urteile fällt die Unzufriedenheit hinsichtlich der *aktuellen Geschäftslage*

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe, Originalwerte  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



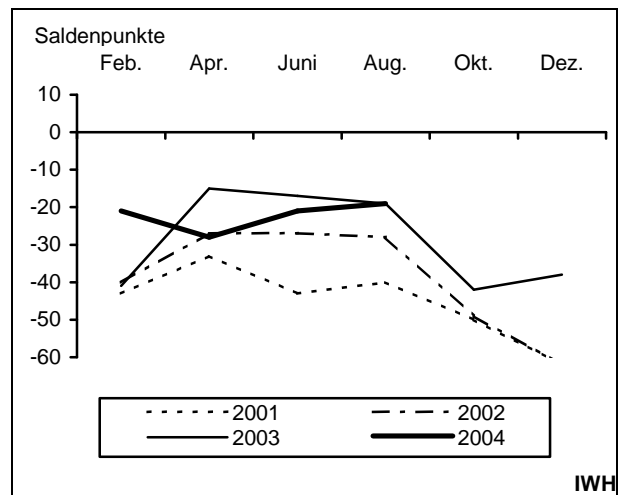
Quelle: IWH-Bauumfragen.

im Hochbau besonders stark aus. Das Vorjahresniveau wird um 13 Saldenpunkte unterschritten. In saisonbereinigter Betrachtung setzt sich hier die seit April zu beobachtende Abwärtsbewegung weiter fort. Die vor allem im Rohbau tätigen Hochbauunternehmen verspüren das Auslaufen der Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Kürzung der Eigenheimzulage zu Beginn dieses Jahres. Dagegen bewerten die im Ausbau tätigen Un-

ternehmen das derzeitige Baugeschäft noch etwas besser als vor Jahresfrist. Im Tiefbau sind die Unternehmen zufriedener als in der vorangegangenen Befragung gemeldet, der Saldo erreicht aber nur in etwa den Vorjahresstand.

In Bezug auf die *Geschäftsentwicklung in den nächsten Monaten* bleibt die Mehrheit in allen Sparten skeptisch, im Tiefbau deutlich weniger als im Hoch- und Ausbau. Die Auftragseingänge hatten in saisonbereinigter Betrachtung zuletzt im öffentlichen und gewerblichen Tiefbau wieder etwas zugelegt. Dies dürfte der Grund für die neuerliche Verbesserung der Stimmung im Tiefbau sein. Die Skepsis im Hoch- und Ausbaubereich bleibt aber mit knapp zwei Drittel negativer Urteile gravierend. Der bereits niedrige Stand vom Vorjahr wird im Ausbau deutlich unterschritten, im Hochbau bleibt er nur knapp darüber. Zwar sind von dem Genehmigungsboom Ende des vergangenen Jahres

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe, Originalwerte  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

noch Baumaßnahmen zu erwarten, diese dürften sich aber angesichts ihrer längerfristigen Gültigkeit auf einen Zeitraum nach 2004 erstrecken. Darüber hinausgehende Vorzieheffekte aus der beabsichtigten generellen Abschaffung der Eigenheimzulage zum Jahresende erwarten die Unternehmen offensichtlich nur wenig.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – August 2004

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Aug. 03	Juni 04	Aug. 04	Aug. 03	Juni 04	Aug. 04	Aug. 03	Juni 04	Aug. 04	Aug. 03	Juni 04	Aug. 04	Aug. 03	Juni 04	Aug. 04
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -														
<b>Geschäftslage</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>15</b>	<b>39</b>	<b>37</b>	<b>35</b>	<b>36</b>	<b>35</b>	<b>38</b>	<b>11</b>	<b>15</b>	<b>12</b>	<b>6</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	13	14	12	40	38	36	37	35	40	11	13	12	6	4	-3
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	10	12	9	38	40	33	39	33	43	13	16	15	-4	4	-17
Tiefbau	15	13	17	43	36	40	37	40	36	6	11	8	15	-2	14
Ausbaugewerbe	17	15	22	36	32	32	36	34	34	11	19	12	6	-5	9
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	14	17	17	40	31	31	27	33	37	19	19	16	9	-5	-5
20 bis 249 Beschäftigte	14	13	16	39	39	36	40	35	37	8	13	11	6	4	4
250 und mehr Beschäftigte	25	0	0	25	50	40	50	50	60	0	0	0	0	0	-20
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	11	13	17	34	36	30	39	49	49	15	3	4	-9	-3	-6
Neugründungen	17	10	19	44	41	33	30	29	37	9	21	12	22	2	3
Bauhandwerk	11	14	13	41	35	38	39	32	36	9	19	13	4	-2	3
<b>Geschäftsaussichten</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>12</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>29</b>	<b>30</b>	<b>31</b>	<b>45</b>	<b>43</b>	<b>44</b>	<b>15</b>	<b>17</b>	<b>15</b>	<b>-19</b>	<b>-21</b>	<b>-19</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	11	10	10	29	32	33	45	45	42	15	13	15	-20	-17	-15
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	9	10	6	24	33	30	47	41	43	19	16	21	-34	-14	-28
Tiefbau	12	6	14	37	32	36	44	52	42	8	10	9	-3	-24	-1
Ausbaugewerbe	13	11	9	27	25	26	46	37	49	14	37	15	-19	-28	-29
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	12	13	11	31	21	24	40	45	48	18	21	18	-15	-32	-32
20 bis 249 Beschäftigte	13	9	10	25	35	34	50	42	41	13	15	15	-26	-13	-13
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	100	25	40	0	50	60	0	25	0	100	-50	-20
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	11	7	13	37	32	32	27	48	41	24	13	14	-3	-22	-10
Neugründungen	13	11	7	34	25	39	43	46	43	9	18	12	-4	-27	-8
Bauhandwerk	9	10	8	25	29	28	53	40	49	13	20	15	-32	-22	-28

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.